

FDP-Politiker Stamp: Sozialleistungen für Ausreisepflichtige streichen!

FDP-Politiker Joachim Stamp fordert die Streichung von Sozialleistungen für Ausreisepflichtige und minimalistische Hilfen.



Joachim Stamp, ein prominenter Politiker der FDP und Sonderbevollmächtigter für Migrationsabkommen, hat eine kontroverse Forderung geäußert: Die Streichung der Sozialleistungen für alle Ausreisepflichtigen in Deutschland. Seine Vorschläge, die nur ein Heimflug-Ticket und eine begrenzte Starthilfe von wenigen hundert Euro im Zielland umfassen, stoßen auf reges Interesse und Diskussionen in der politischen Landschaft.

In einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärte Stamp, dass Personen, die sofort ausreisepflichtig sind, lediglich die besagten Unterstützungsmaßnahmen erhalten

sollten. „Es kann nicht sein, dass Ausreisepflichtige weiterhin auf Sozialleistungen in Deutschland angewiesen sind“, so Stamp. Seine Argumentation zielt darauf ab, einen klaren Anreiz für die Ausreise zu schaffen und könnte als Teil eines größeren politischen Trends zur Begrenzung der Migration interpretiert werden. Er betont jedoch, dass er als Fachmann und nicht in seiner Rolle als Sonderbevollmächtigter spricht.

Vorstoß zur Kürzung von Leistungen

Diese Forderungen stellen eine direkte Reaktion auf die steigenden Migrationstrends nach Deutschland dar, vor allem in Anbetracht des jüngsten Messeranschlags in Solingen, der mutmaßlich islamistisch motiviert war. In dieser angespannten Zeit hat die Bundesregierung ein „Sicherheitspaket“ schnürt, das migrationspolitische Maßnahmen beinhaltet, die auch eine Reduzierung der Sozialleistungen für Asylbewerber umfasst, die über andere EU-Länder eingereist sind. Diese sogenannten Dublin-Fälle stehen im Fokus, während Stamp jedoch alle Ausreisepflichtigen in den Blick nimmt.

Stamp sieht in den Vorschlägen eine sinnvolle Möglichkeit, Migration zu steuern und gleichzeitig auf die gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren, die durch hohe Rückkehrzahlen und anhaltende Asylverfahren entstehen. „Die Leistungskürzung kann ein wichtiges Signal an alle sein, die darüber nachdenken, nach Deutschland zu kommen“, sagt er. Seine Worte implizieren eine Verbindung zwischen Leistungskürzung und einer möglichen Reduzierung künftiger Migration.

Die Reaktion auf Stamps Vorschläge ist gemischt. Kritiker warnen vor den sozialen und humanitären Folgen solcher drastischer Maßnahmen, während Befürworter argumentieren, dass sie notwendig sind, um das soziale Gefüge Deutschlands zu schützen. Einige in der Union haben ähnliche Stimmen erhoben und sich ebenfalls für eine drastische Reduzierung der Unterstützung für geduldete Asylbewerber ausgesprochen, um

diese zum Ausreiseschritt zu bewegen.

Stamp stellt zudem in Frage, ob die aktuell geltenden Grundrechte in Deutschland den staatlichen Verpflichtungen zur Existenzsicherung standhalten können. „Es könnte nötig sein, über eine Ergänzung im Grundgesetz nachzudenken, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten“, äußert er sich und deutet an, dass eine rechtliche Neuausrichtung erforderlich sein könnte, um die neuen Maßnahmen rechtlich abzusichern.

Durch diese Maßnahmen könnte sich das Gesicht der deutschen Migrationspolitik signifikant verändern, was sowohl rechtliche als auch gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringen würde. Die öffentliche Debatte darüber zeigt, dass Migration und soziale Sicherheit Themen sind, die diverse Meinungen und tiefgreifende Überlegungen hervorrufen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de